

Die Parteiidentifikation der Freiburger wahlberechtigten Bevölkerung

In der Freiburger Bürgerumfrage 2001 gaben 3,3 % der deutschen Befragten an, Mitglied in einer Partei oder politischen Vereinigung zu sein. Dies entspricht in etwa dem bundesweiten Durchschnittswert von knapp 3 %. Neben dem formalen Besitz eines Parteibuchs kennt die Wahlforschung aber auch eine Art psychologische Parteimitgliedschaft, die sogenannte Parteiidentifikation.¹ Die Parteiidentifikation kann als eine gefühlsmäßige Bindung von Individuen an eine bestimmte Partei interpretiert werden, die neben der Kandidatenorientierung und der Bewertung aktueller Sachfragen ihre Wahlentscheidung mitbestimmt. Die Parteiidentifikation wirkt dabei ähnlich wie die Markenbindung von Kunden im Wirtschaftsleben. Je stärker beispielsweise ein Käufer an eine bestimmte Automarke gebunden ist, desto weniger wird er sich von einer Kaufentscheidung abbringen lassen, auch wenn andere Fahrzeuge nach objektiven Kriterien besser abschneiden. Als politische Brille beeinflusst die Parteiidentifikation die Wahrnehmung und Bewertung der Parteien und des politischen Geschehens und führt damit zu einem geschlosseneren und konsistenteren Parteibild.

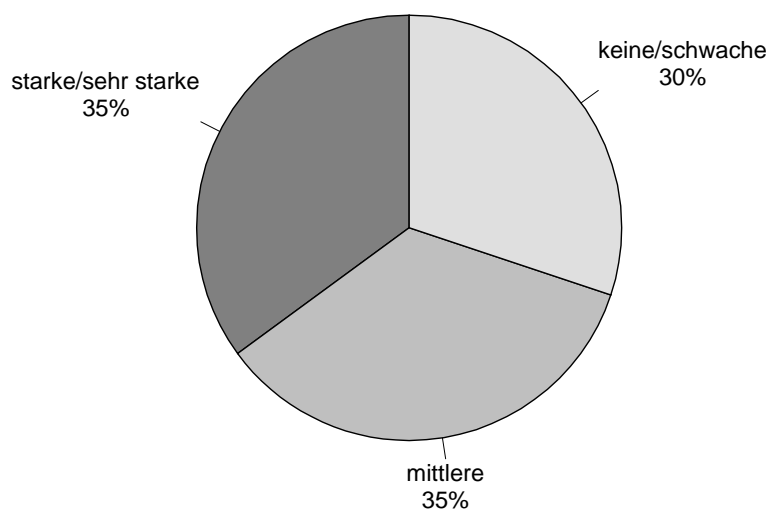
Da die Parteiidentifikation ein sehr wichtiger Einflussfaktor für das Wahlgesehen ist, wird sie seit Jahren kontinuierlich in Wahlumfragen erhoben. Auch in der Freiburger Bürgerumfrage 2001² wurde nach der Parteibindung in folgender Form gefragt: „Viele Leute neigen längere Zeit einer bestimmten politischen Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist es bei Ihnen?“ Weil die Bindung an eine Partei unterschiedlich stark ausgeprägt sein kann, wurde zudem danach gefragt, wie „stark oder schwach“ die Befragten ihrer Partei zuneigen. 30 % der deutschen Befragten fühlen sich keiner Partei besonders verbunden und jeweils ein starkes Drittel der Befragten (35 %) identifiziert sich „mittelmäßig“ oder sogar „stark/sehr stark“ mit einer bestimmten Partei. Der Anteil der Personen ohne Parteibindung entspricht dem Niveau bundesweiter Wahlstudien.³

¹ Das Konzept der Parteiidentifikation wurde im sozialpsychologisch orientierten Ansatz der sogenannten „Michigan-Schule“ der amerikanischen Wahlforschung konzipiert. Vgl. Campbell, Angus; Converse, Philip E.; Miller, Warren u.a.: *The American Voter*. New York, London (John Wiley & Sons) 1960.

² Vgl. Freiburger Bürgerumfrage 2001. Hrsg. vom Amt für Statistik und Einwohnerwesen der Stadt Freiburg, 2002.

³ Für eine Sekundäranalyse stand uns die im Herbst 1998 durchgeführte bundesweite Repräsentativstudie „Politische Einstellungen, politische Partizipation und Wählerverhalten im vereinigten Deutschland 1998“ (Zentralarchiv für empirische Sozialforschung, Studiennr. ZA3066) zur Verfügung. Der Anteil an Personen ohne Parteibindung betrug in dieser Studie 29 %.

Parteiidentifikation der wahlberechtigten Freiburger Bürgerinnen und Bürger im April 2001



Quelle: Bürgerumfrage 2001

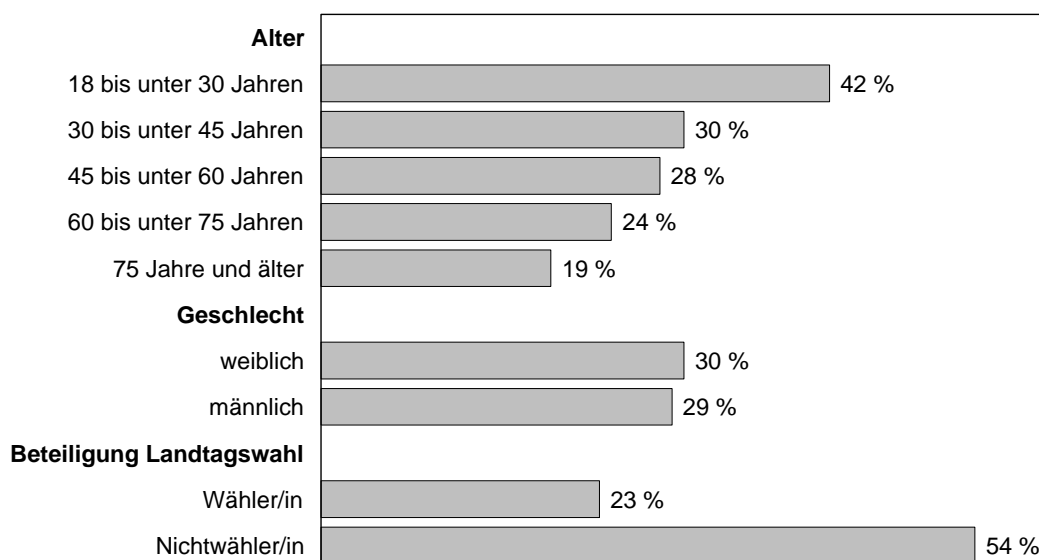
Amt für Statistik und Einwohnerwesen, Freiburg

Während für die Freiburger Wählerschaft keine Zeitreihen vorliegen, wissen wir aus der bundesweiten Trendbeobachtung, dass der Anteil der Personen, der sich nicht an eine Partei gebunden fühlt, kontinuierlich zunimmt. In den Umfragen der Forschungsgruppe Wahlen lag der Anteil der Wähler ohne dauerhafte Parteienbindung im Jahr 1977 noch bei lediglich 20 %.⁴ Da sich die Wählerinnen und Wähler stärker an aktuellen Themen und dem Kandidatenangebot orientieren, führt die schwindende psychologische Parteibindung der Wähler („Dealignment“) potentiell zu einer geringeren Stabilität der politischen Kräfteverhältnisse. Die Wahlergebnisse lassen sich schwerer prognostizieren, da sie stark von kurzfristigen Themen abhängig werden und somit auch größere Stimmenverschiebungen zwischen zwei Wahlen immer wahrscheinlicher werden.

Die Parteiidentifikation bildet sich zum einen im Prozess der politischen Sozialisation aus, in deren Verlauf die Wahlbeteiligung und das Verhalten des Elternhauses die politische Einstellung der nächsten Generation wesentlich mit beeinflusst. Zum Zweiten festigt aber auch die eigene Wahlerfahrung die persönliche Parteibindung. Je öfter eine Person zur Wahl geht, desto stärker prägt sich ihre Parteiidentifikation aus. Aus diesem Grund ist der Anteil der Personen ohne Parteiidentifikation in den höheren Altersgruppen deutlich geringer als in den jüngeren. Bei den Senioren fühlt sich in der Gruppe der 60- bis unter 75-Jährigen nur etwa jeder vierte Wahlberechtigte mit keiner Partei verbunden, in der Gruppe der über 75-Jährigen trifft dies sogar nur für jeden fünften zu. Bei den Jungwählern in der Altersgruppe von 18 bis unter 30 Jahren liegt der Anteil der Personen ohne Parteiidentifikation hingegen mit 42 % deutlich über dem Durchschnitt von etwa 30 %. Die jungen Wählerinnen und Wähler werden für die Parteistrategen damit zu einer besonders wichtigen, aber auch schwierigen Gruppe, da ihr Wahlverhalten weniger vorgeprägt und damit stärker von situativen Faktoren beeinflusst ist. Keinen nennenswerten Einfluss auf die Parteiidentifikation hat das Geschlecht.

⁴ Vgl. Schmitt-Beck, Rüdiger; Weick, Stefan: Die dauerhafte Parteiidentifikation - nur noch ein Mythos? Eine Längsschnittanalyse zur Identifikation mit politischen Parteien in West- und Ostdeutschland. In: Informationsdienst Soziale Indikatoren, Jg. 2001, H. 26, S. 2.

Anteil der Personen ohne Parteiidentifikation in Freiburg im April 2001



Quelle: Bürgerumfrage 2001

Amt für Statistik und Einwohnerwesen, Freiburg

Die erheblichen Unterschiede der Parteiidentifikation in den verschiedenen Altersgruppen hängt sicherlich nicht nur mit der sich verfestigenden Parteibindung im Lebensverlauf zusammen, sondern ist auch auf einen Generationeneffekt zurückzuführen. Die jüngere Generation ist insgesamt von stärker individualisierten Lebensbedingungen geprägt, die sich nicht nur im Wählerverhalten, sondern in einem generellen Bedeutungsverlust gesellschaftlicher Großgruppen und traditioneller Milieus auswirken. Neuere Längsschnittuntersuchungen zeigen folglich, dass die Parteiidentifikation heute keinesfalls so dauerhaft ist, wie früher angenommen wurde. Etwa 80 % der westdeutschen Wähler gaben ihre Parteiidentifikation in einem Zeitraum von 15 Jahren auf.⁵ An die Stelle einer lebenslangen stabilen Parteiidentifikation treten zunehmend eher kurzfristige Parteipräferenzen. Zwischen der Parteiidentifikation als Aspekt der persönlichen politischen Identität und der Bereitschaft, an Wahlen teilzunehmen, besteht erwartungsgemäß ein enger Zusammenhang. Von den Personen, die bei der Landtagswahl im März 2001 ihre Stimme abgaben, hatte nur jeder Vierte keine feste Parteiidentifikation, während über die Hälfte (54 %) der Nichtwähler ohne Parteibindung war. Auch wenn bei einem Anteil von 70 % nach wie vor ein sehr hoher Anteil der Wahlberechtigten einer bestimmten Partei zuneigt, so hängt zumindest der kurzfristige politische Erfolg der Parteien doch sehr stark davon ab, wie sehr es ihnen gelingt, die ungebundenen Wähler durch ein geeignetes Sachprogramm und Personenangebot für sich zu gewinnen.

P. Höfflin

⁵ Rüdiger, Schmidt-Beck; Stefan Weick, ebenda, S. 5.